

Scholz in Moskau

## Letzte Ausfahrt in Richtung Frieden

Nicht mal 100 Tage ist Olaf Scholz im Amt, und nun soll er den Frieden retten in Europa, im vielleicht weltpolitisch gefährlichsten Moment seit der Kubakrise 1962?

Risiken und Chancen liegen heute in Moskau beim Gespräch mit Wladimir Putin eng nebeneinander. Geht die Sache schief, wird der Eishauch des Krieges das Leben aller Europäer verändern. Scholz stünde, aber das ist schon nicht mehr wichtig, in diesem Fall dumm da: ein Statist, der kurz vor dem krachenden Finale noch mal ahnungslos durchs Bild gelaufen ist. Doch es kann auch ganz anders kommen. Wenn Scholz es klug anstellt und manches sich glücklich fügt, könnte tatsächlich er es sein, der Russland auf die letzte Ausfahrt in Richtung Frieden lotst. Putin wird Scholz zuhören. Deutschland ist bei ihm nicht wie die USA abgeschrieben als Feindesland. Anders als die Briten, deren Außenministerin sich in Moskau durch mangelnde fachliche Vorbereitung blamierte, gibt Berlin sich Mühe. Anders als der Franzose Emmanuel Macron, in dessen Land in zwei Monaten Präsidentschaftswahlen sind, schiebt Scholz auch keine dramatische innenpolitische Agenda vor sich her. Scholz und Putin können also in Ruhe reden.

„Offramp“ heißt das Codewort im Englisch der Diplomaten. Erste „Offramp“-Skizzen kursieren schon in mehreren westlichen Hauptstädten. Es sind Überlegungen aus Denkfabriken, keine Regierungsdokumente. Sie enthalten einen öffentlich unaussprechbaren Teil: Die Ukraine müsste ein Moratorium für den



Matthias Koch, Berlin

Beitritt zur NATO akzeptieren. Manche Vordenker, darunter frühere NATO-Leute, sogar frühere Bedienstete der Regierung von George W. Bush, schlagen 20 oder 25 Jahre vor. Andere orientieren sich an runden Zahlen wie in der Klimapolitik und bringen das Jahr 2050 ins Spiel. Wenn Moskau im Gegenzug auf Aufmärsche – wie jetzt – verzichtet und Transparenz schafft, könnte beides wirken wie erste Hilfe am Unfallort: Die Lebensgefahr jedenfalls wäre fürs erste gebannt.

Natürlich kann der Westen die Ukraine auf diesen Kurs nicht zwingen, schon gar nicht öffentlich und erst recht nicht als Ergebnis einer Erpressung, damit verstieße er gegen eigene Grundsätze. Jedes Volk soll frei über Bündnisse entscheiden können. Das Problem wäre aber elegant umschifft, wenn Kiew selbst darauf kommt und ein NATO-Moratorium vorschlägt. Hat Scholz die Idee schon in Kiew hinterlassen? Vielleicht ließe sich zum Ausgleich die Nähe zur Europäischen Union vergrößern.

Dass der Kanzler eisern schweigt, muss kein schlechtes Zeichen sein. Vielleicht sieht sich Scholz, während viele vor einem Flop warnen, schon auf dem Weg zu einer Sternstunde. [matthias.koch@ihr-kommentar.de](mailto:matthias.koch@ihr-kommentar.de)  
**Titelseite, Seite 3**

Drei-Stufen-Plan

## Ein Land in der Corona-Neurose

Wenn sich die Ministerpräsidenten mit Kanzler Olaf Scholz treffen, um über den weiteren Umgang mit der Corona-Krise zu beraten, dann wird es dabei um drei Dinge gehen: um das Virus, um Parteipolitik – und um die Bürger eines Landes, das mit den Nerven am Ende ist. Die Omikron-Variante hinterlässt gesundheitlich deutlich weniger Spuren als die Delta-Variante. Das lässt Lockerungen nahelegend und richtig erscheinen. So weit, so gut.

Der mentale Zustand der Republik lässt sich am Umgang mit der Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz, Karin Prien, ablesen. Die Christdemokratin hatte dafür plädiert, aus einer „Kultur der Angst“ an den Schulen herauszutreten. Zwar hatte ein Tweet Priens zu Kindern mit Vorerkrankungen Anlass für Kri-



Markus Decker, Berlin

tik geboten. Nur blieb es nicht bei Kritik. Stattdessen folgte eine Hetzjagd bei Twitter, bei der die Beteiligten jedes Maß verloren, so dass sich die Ministerin aus dem digitalen Netzwerk zurückgezogen hat.

Der Vorgang ist nicht allein ein weiteres Indiz für den Verfall sozialer Sitten. Er ist auch ein Indiz dafür, dass wir als Gesellschaft längst in einer Art Corona-Neurose leben. Es wird Jahre dauern, das zu heilen.

[markus.decker@ihr-kommentar.de](mailto:markus.decker@ihr-kommentar.de)  
**Titelseite, Seite 2**

# „Impfpflicht braucht gute Gründe“

Verfassungsrechtler Franz Mayer lehrt an der Universität Bielefeld. Im Interview erklärt er, was für eine allgemeine Verpflichtung aus rechtlicher Sicht entscheidend ist.

Herr Prof. Mayer, lässt sich mit Blick auf die Belastung des Gesundheitswesens, die derzeit weniger stark ausfällt als in früheren Corona-Wellen, eine allgemeine Impfpflicht gegen das Coronavirus noch rechtfertigen? Wenn ja: Wie?

**FRANZ MAYER:** Die Frage zielt auf die Verhältnismäßigkeit ab. Da kommt es auf die Zwecksetzung einer Impfpflicht an. Auf die aktuelle Momentaufnahme zur Belastung des Gesundheitswesens sollte man dabei nicht schauen. Vorrangiges Zwischenziel einer allgemeinen Impfpflicht mit dem epidemiologischen Mehrwert einer hohen Impfquote ist der höhere Immunisierungsgrad in der Bevölkerung. Daraus folgt alles andere an Zielstellungen, wie etwa die Minimierung des Risikos neuer, womöglich aggressiver Varianten, die Vermeidung einer zukünftigen Überlastung des Gesundheitssystems, die niemand sicher auszuschließen vermag.

Könnte der Gesetzgeber eine allgemeine Impfpflicht beschließen, weil die Pandemie-Lage sich im Herbst wegen möglicher neuer Varianten oder der Rückkehr der Delta-Variante des Coronavirus eventuell erneut verschärfen könnte? Eine Impfpflicht zur Sicherheit sozusagen?

Eine Impfpflicht auf späteren „Abruf“ lässt sich rechtstechnisch sicherlich einrichten. Aber ein derartiges Zeitspiel erscheint aus epidemiologischer Sicht wenig sinnvoll, denn kurzfristig können wir die Grundimmunität bei neuen Entwicklungen nicht steigern, das braucht Zeit. Das könnte sogar ein verfassungsrechtliches Gegenargument ergeben, nämlich dass eine derart verzögerte Impfpflicht ein ungeeignetes Mittel ist. Naheliegender ist doch, die Impfpflicht jetzt einzuführen. Und wenn sich die Dinge unglaublich positiv entwickeln, dann kann man immer noch überlegen, sie wieder auszusetzen.

Wie müssen körperliche Unversehrtheit und das Risiko für die Gemeinschaft denn abgewogen werden?

Die körperliche Unversehrtheit kann nach Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz – vergleichsweise einfach – durch Gesetze eingeschränkt werden. Es kommt auf die guten Gründe und dann auf die Verhältnismäßigkeit an. Die guten Gründe hat man hier. Grundsätzlich gilt: Die Freiheit der Einzelnen endet da, wo Freiheit und Gesundheit vieler anderer in Gefahr sind – das ist hier der Fall, wenn die Impfkampagne nicht gelingt. Die



Die Polizei beobachtet Teilnehmer einer Demonstration von Gegnern einer Corona-Impfpflicht, die Plakate mit der Aufschrift „Wir arbeiten mit Herz nicht mit Impfpflicht“ tragen. Foto: dpa

Überwindung der Pandemie ist nach dem gegenwärtigen Stand der medizinischen Forschung vom Erfolg der Impfkampagne abhängig. Es geht also bei der Ablehnung der Impfung nicht um eine rein individuelle Entscheidung, bei der man sagen könnte, dass man das Risiko eben auf sich nimmt. Auch bei noch so guten Gründen muss die Impfpflicht verhältnismäßig ausgestaltet werden. Da prüft man insbesondere, ob die Impfpflicht geeignet ist, die damit verbundene Zielsetzung

zu erreichen. Und ob es keine milderen Mittel gibt. Hier muss man sehr aufpassen, dass man das nicht mit einem Laienverständnis von „milderes Mittel“ angeht. Im Verfassungsrecht geht es um mildere und – wichtig – gleich wirksame Mittel. Und zwar für ein definiertes Ziel. Das wäre hier ein hoher Immunisierungsgrad in der Bevölkerung. Keiner kann aber für vorliegend denkbare mildere Mittel die gleiche Wirksamkeit absolut sicher garantieren. In Anbetracht der

ungewissen Lage und der großen Gefahren für die höchst-rangigen Rechtsgüter Leben und Gesundheit vieler würden dann die Gerichte der Politik große Spielräume lassen und nicht erlauben, dass die Politik sich hinter den Gerichten versteckt.

Wäre auch eine allgemeine Impfpflicht nur für eine bestimmte Altersgruppe, etwa Menschen ab 50 Jahren, rechtlich umsetzbar?

Es ist eine Begründungsfrage. Nur Teile der Bevölkerung zu verpflichten ist verfassungsrechtlich eine begründungsbedürftige Ungleichbehandlung. Ob das als milderes Mittel, das aber gleich wirksam sein müsste, durchgeht, wird niemand garantieren können. Rechtlich zwingend wäre die Beschränkung auf Altersgruppen daher nicht, aber bei guter Begründung möglich.

Das Gespräch führte Angela Wiese

## Zur Person

◆ Franz Mayer, geboren 1968 in Idar-Oberstein, hat seit September 2007 den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht, Rechtsvergleichung und Rechtspolitik an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Bielefeld inne.



## Karikatur



Zeichnung: Klaus Stuttgartmann

## Ihre Meinung

### Fokus

Zu „Schultests: Ministerin räumt erstmals, unsicheren Moment“ ein“ (10.02.22)

■ Diesen unsicheren Moment kennen wir Eltern und Kinder, aber auch die Schulleitungen und Lehrkräfte. Diesen unsicheren Moment erleben wir immer dann, wenn eine neue Schulmail aus der Landeshauptstadt Düsseldorf kommt. Mit der Abkehr des Testverfahrens an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen hat die Regierung sich klar positioniert: Kinder sieht sie nicht als systemrelevant an. Infizierte, nicht infektiöse Kinder werden durch die weniger sensitiven Tests nicht erkannt, können jedoch am nächsten Tag bereits infektiös sein. Die Politik sollte unsere Kinder und ihren Gesundheitsschutz endlich deutlich stärker

in den Fokus nehmen.

**Tim Seidel**

33699 Bielefeld

### Spannungen

Zu „Wir Russen sind friedliche Leute“ (10.02.22)

■ Ein sehr wertvolles Interview, um die gegenwärtigen Spannungen zwischen der Ukraine und Russland zu verstehen. Besonders hervorzuheben ist, dass der Herr Botschafter interessengeleitet argumentiert. Die genannten drei Schlüsselemente sind nachvollziehbar. Ebenso der Hinweis, dass ein Ende des Projektes Nord Stream 2 dem deutschen Interesse eher schaden würde, als dem russischen, geschweige US-amerikanischen. Umso ernüchternder ist das Auftreten der deutschen Außenministerin, welche sich lieber an der

## Aufmarsch verurteilt

■ Politiker der grün-schwarzen Koalition in Baden-Württemberg haben eine Coronademonstration vor dem Privathaus von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) scharf verurteilt. Landesinnenminister Thomas Strobl (CDU) nannte Aktionen vor den Häusern von Politikern „Psychoterror“. Derartige Einschüchterungsversuche würden keinesfalls geduldet, erklärte er.

## Omikron-Überlastung

■ In Hongkong hat ein „Ansturm“ von Corona-Infizierten nach Angaben von Regierungschefin Carrie Lam zu einer Überlastung des Gesundheitssystems geführt. „Der Ansturm der fünften Infektionswelle hat Hongkong einen schweren Schlag versetzt und die Kapazitäten überlastet“, erklärte Lam.

## Herzogin Camilla infiziert

■ Nach Prinz Charles hat sich auch seine Frau Camilla mit dem Coronavirus infiziert. „Ihre Königliche Hoheit, die Herzogin von Cornwall, wurde positiv auf Covid-19 getestet und befindet sich in Selbstisolation“, teilte ihre Londoner Residenz Clarence House mit. Charles ist bereits seit einem positiven Corona-Test am Donnerstag in Isolation.

## Konvoi-Demo verboten

■ Vor Beginn der Sitzungswoche des EU-Parlaments haben die Behörden eine Konvoi-Demonstration gegen die Corona-Regeln in Straßburg verboten. Wegen drohender Verkehrsbehinderungen und Störungen der öffentlichen Ordnung habe sie diese Demonstrationen für die Dauer der Sitzungswoche bis Donnerstagabend untersagt, erklärte die zuständige Präfektin Josiane Chevalier.

## Prien deaktiviert Twitter

■ Nach Wirbel über eine Äußerung auf Twitter hat die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien, ihren Account in dem Dienst vorläufig deaktiviert. „Ich nehme mir einige Wochen Zeit, um darüber nachzudenken, ob und wie ich Twitter als Medium weiter zur Kommunikation nutze“, begründete die CDU-Politikerin diesen Schritt.



Karin Prien hat ihren Twitter-Account deaktiviert. Foto: dpa

ukrainischen Frontlinie ablichten lässt und von Werten schwadroniert. (...)

**Alex Sascha Voth**

33659 Bielefeld

## Zielsetzung

Zu „Grüne für Schutzverlängerung“ (12.02.22)

■ Ich hoffe, dass die Grünen-Abgeordneten und auch alle anderen Frühjahr und Sommer nutzen, um das Gesundheitssystem und andere wichtige Bereiche so auszustatten, dass vermutlich ansteigende Zahlen im Herbst/Winter nicht wieder zu Dramatik und Einschränkungen führen. Das wäre doch jetzt nahe liegender, als um diverse Impfpflichten zu streiten, oder?

**Christiane Hermesen**

33649 Bielefeld